

INSTITUT für
UMWELT – FRIEDE – ENTWICKLUNG

Studierende aus Entwicklungsländern – neue Chancen, neue Herausforderungen
ExpertInnentagung

19. März 2015, 15:00-19:00, Politische Akademie/ Julius Raab Stiftung, Tivoligasse 73, 1120 Wien

Eine Veranstaltung des Instituts für Umwelt, Friede und Entwicklung in Kooperation mit der Politischen Akademie und dem ÖVP-Parlamentsklub. Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit OEZA/ADA und das BMWFW.

Begrüßung und Eröffnung:

Dietmar HALPER (Direktor PolAk)

Franz-Joseph HUAINIGG (Sprecher für EZA und IUFE-Obmann)

Einführung:

Studierende aus Entwicklungsländern als Hoffnungsträger – ein Ausblick Reinhold LOPATKA
(Klubobmann ÖVP und IUFE-Präsident)

Stefan ZOTTI (stv. Geschäftsführer OeAD)

Arbeitstisch 1: Fremdenrecht und Studierende aus Entwicklungsländern Impulsstatements: Dietmar HUDSKY (BMI), Andreas LIEBMANN (BMEIA), Peter GAUNERSTORFER (OeAD), Mariam Mamian DIAKITÉ (Studentin)

Gemeinsamer Austausch

PAUSE

Arbeitstisch 2: Angebot öster. Hochschulen für Studierende aus Entwicklungsländern

Impulsstatements: Peter LAUNSKY-TIEFFENTHAL (BMEIA), Josef LEIDENFROST (Leiter der Ombudsstelle für Studierende), Wolfram SCHAFFAR (Institut für Internationale Entwicklung), Heidi ESCA-SCHEURINGER (Fachhochschulen Konferenz), Christine JUEN (Zentrum für Internationale Kooperation & Mobilität, OeAD)

Gemeinsamer Austausch

Arbeitstisch 3: Stipendienmöglichkeiten für Entwicklungslandstudierende Impulsstatements:

Gertraud FINDL (ADA), Ulrich HÖRMANN (OeAD), Anton MAIR (BMEIA), Mariam Mamian DIAKITÉ (Studentin), Georg GRATZER (BOKU – Centre for Development Research)

Gemeinsamer Austausch

Moderation: Andreas LIEBMANN (BMEIA)

Brückenköpfe. Das ist die treffende Bezeichnung von IUFE-Präsidenten **Reinhold Lopatka** für Studierende aus Entwicklungsländern. Durch den von Know-How-Transfer, dem Kombinieren von technischen Lösungsansätzen mit indigenem Wissen und dem kulturellen Austausch schlagen sie

Brücken zwischen ihren Heimatländern und Österreich. Das klingt nach einer Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Aber ist dem wirklich so? Wie kann dieser Austausch intensiviert werden? Welche Rahmenbedingungen herrschen zurzeit für Studierende aus Entwicklungsländern? Wie könnte man diese verbessern? Diese Fragen und viele mehr wurden am 19. März 2015 bei der Veranstaltung „Studierende aus Entwicklungsländern – neue Chancen, neue Herausforderungen“, welche vom Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung (IUF), der Politischen Akademie der ÖVP und dem ÖVP-Parlamentsklub organisiert wurde, diskutiert.

Während **Stefan Zotti** (ÖAD) in den Begrüßungsworten die Forderung nach einer besseren Willkommenskultur in Österreich, nicht nur für Studenten und Studentinnen, sondern für alle Neuankömmlinge, stellte, ging **Franz-Joseph Huainigg** (IUF) auf Studierende aus Entwicklungsländern ein. Er betonte, dass eine nachhaltige Entwicklung eines Landes nur von innen heraus entstehen kann. Österreich kann hier unterstützend tätig sein, indem rechtliche Hürden für diese Studierenden abgebaut werden, das Angebot an den Universitäten speziell auf deren Bedürfnisse abgestimmt wird und ein langfristiger Kontakt und Austausch, über den Aufenthalt in Österreich hinaus, sichergestellt wird.

Der erste Tisch widmete sich dem Thema „*Fremdenrecht und Studierende aus Entwicklungsländern*“. **Peter Gaunerstorfer** (ÖAD) listete die zahlreichen Hürden auf, welchen Studenten und Studentinnen aus nicht-EU-Ländern begegnen. Aus dem Publikum wurde die Frage gestellt, wer es angesichts dieser mannigfachen bürokratischen aber auch finanziellen Hürden überhaupt gewillt sei, in Österreich zu studieren? **Mariam Diakité** (VAS), welche 2009 aus Mali zum Studieren nach Österreich kam, bestätigte dies Ausführungen Gaunerstorfers anhand ihres konkreten Falles. Da es in Mali keine österreichische Botschaft gibt, musste Diakité dreimal nach Senegal zur Botschaft reisen um ihr Visum zu bekommen. Desweiteren brauchte es einen Nachweis, dass sie, schon bevor der Aufenthalt in Österreich ansteht, eine Unterkunft hatte. Außerdem bestehe für diese Studierenden eine Zuverdienstgrenze von € 360, welche oft nicht einzuhalten ist, da die meisten Studierenden aus Entwicklungsländern keine finanzielle Unterstützung der Eltern erhalten können. **Dietmar Hudsky** (BMI) präsentierte die Regierungsvorlage zur Fremdenrechtsnovelle. Insbesondere ist vorgesehen, dass künftig Stipendiaten im Inland ihren Antrag auf einen Aufenthaltstitel stellen können, also mit einem Visum nach Österreich einreisen. Zahlreiche der von Herrn Gaunerstorfer aufgezeigten Schritte würden dadurch entfallen. **Andreas Liebmann** (BMEIA) begrüßte die Möglichkeit ein Gesetzesprojekt, das sich noch in der Begutachtung befinden würde, zu diskutieren. Die Regierungsvorlage enthält Änderungsvorschläge, die in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus BMEIA, ADA und ÖAD erarbeitet wurden. Er dankte dem Innenministerium, dass diese Vorschläge in die Regierungsvorlage übernommen wurden. Das BMEIA beabsichtigt parallel zum Inkrafttreten der Novelle im eigenen Wirkungsbereich Verwaltungsumstellungen für visapflichtige Studierende. So käme es vor, dass Studierenden bis zu 5 Mal persönlich zur zuständigen Botschaft reisen müssten, damit sie ihr Visum zur Abholung des Aufenthaltstitels bekommen. Ziel der Neugestaltung wäre, dass im günstigsten Fall künftig ein persönliches Erscheinen an der Botschaft ausreichen soll. Desweiteren wird geprüft, inwieweit man nicht für Studierende aus LDC/LLDCs und Stipendiaten grundsätzlich von Visagebühren absehen kann. Die vorgestellten Änderungen wurden von mehreren Diskussionsteilnehmern nachdrücklich begrüßt.

Der Arbeitstisch 2 „*Angebot österreichischer Hochschulen für Studierende aus Entwicklungsländern*“ wurde mit der Information von **Josef Leidenfrost** (Ombudsstelle für Studierende) eröffnet, dass es derzeit eine Auswertung über die Hürden für Studenten und Studentinnen aus dem Ausland beim

Zugang zu österreichischen Hochschulen gibt. Diese Erhebung, welche gemeinsam von der Ombudsstelle, dem ÖAD, dem BMI und dem BMBWF erstellt wird, soll die Grundlage für Verbesserungen in diesem Bereich sein. **Peter Launsky-Tieffenthal** (BmeiA) betonte, dass Österreich eine sehr erfolgreiche Internationalisierungsoffensive führt und neben Australien, Neuseeland, Schweiz und Großbritannien zu den OECD-Staaten gehört, das den höchsten Anteil an internationalen Studierenden hat. Nichts desto trotz begrüße er es sehr, dass man Überlegungen anstellt, wie man vermehrt Studierende aus den Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit an österreichische Hochschulen gewinnen könne. **Heidi Esca-Scheuringer** (Fachhochschulkonferenz) erzählte von Maßnahmen und damit verbundenen positiven Erfahrungen an Fachhochschulen. Dazu zählt beispielsweise ein Buddy-System, in dem österreichische Studenten und Studentinnen mit den Neuankömmlingen aus dem Ausland in engem Kontakt stehen, ihnen die Ankunft in Österreich erleichtern, und vice versa durch den Austausch auch selbst viel für ihr Leben mitnehmen können. **Wolfram Schaffar** (Uni Wien) sprach die meist vorhandene Sprachbarriere an, welche gerade zu Beginn des Aufenthaltes in Österreich für viele ausländische Studierende die größte Hürde darstelle, an. Mit einem größeren Angebot an englischsprachigen Lehrveranstaltungen, gerade zu Beginn des Aufenthaltes, könnte man hier einige Verbesserungen erzielen. Abschließend berichtete **Christine Juen** (ÖAD) über verschiedene internationale Mobilitäts- und Stipendienprogramme, wobei hier der Schwerpunkt vor allem auf Graduiertenprogramme liegt.

Das Thema des dritten Arbeitstisches war „*Stipendienmöglichkeiten für Entwicklungslandstudierende*“. **Anton Mair** (BmeiA) betonte, dass durch den erleichterten Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu Aufenthalten in verschiedenen Ländern und die dadurch erworbene Höherqualifizierung, stark zur Entwicklung in den Herkunftsländern beitragen könne. Das BMEIA beabsichtigt die vorhandenen Stipendienmöglichkeiten in den EZA-Schwerpunktländern verstärkt zu kommunizieren. **Gertraud Findl** (ADA) hielt fest, dass eine Stärkung der Hochschulen vor Ort und deren Einbindung in Stipendienprogramme und konkrete Projekten wichtig sei. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde 2010 mit dem ADA-Programm zur Förderung von Hochschulkooperationen zwischen Nord und Süd gesetzt. **Ulrich Hörmann** (ÖAD) erörterte, dass von den 350.000 Studierenden an österreichischen Hochschulen nur ca. kommen ca 5%, also 15.000 aus den DAC-Ländern kämen und darunter nur 800-900 Stipendiat/innen seien. Es gibt kein einheitliches Stipendiensystem, aber eine umfassende Datenbank (www.grants.at), auf der nach individuellen Förderungen gesucht werden kann. Festgehalten wurde zudem, dass sich die Zahl der Stipendien permanent verringert und somit die Rolle von Stiftungen und Forschungseinrichtungen immer bedeutender werde. Von seinen guten Erfahrungen mit Projekten berichtete abschließend **Georg Gratzer** (BOKU). In diesen Projekten wäre aber der befürchtete brain-drain nicht ausmachbar: so lag die Zahl der Studierenden, die in ihre Heimatländer zurückgingen, z.B. bei der „Mountainforest“-Ausbildung bei über 90%. Außerdem wurde eine erfolgreiche Alumni-Datenbank aufgebaut um in Kontakt zu bleiben. Abschließend nannte er zwei wichtige Voraussetzungen für Erfolg: Langfristigkeit in der akademischen Partnerschaft und Betreuung und Entwicklung gemeinsamer neuer Forschungsziele und dem flexiblen Umgang mit politisch geänderten Rahmenbedingungen.

Allgemeine Diskussion:

Die Problematik zum Hochschulzugang aus Entwicklungsländern beginne schon bei der Informationstätigkeit von verschiedenen Stellen im Ausland. Viele werden einerseits nicht auf Österreich aufmerksam gemacht, und wenn, dann wäre anscheinend nicht immer die richtige Information erhältlich. Auch ein Mangel bei den Sprachkompetenzen des Personals vor Ort sowie der Bewerberinnen und Bewerber und fehlendes Wissen über Stipendienmöglichkeiten wären hinderlich. Somit müsste man die Informationspolitik und auch die finanzielle Komponente vor möglichen Antritt eines Studienaufenthaltes in Österreich stärker überdenken. Sollten sich Studierende aus Entwicklungsländern dazu entscheiden hierzubleiben, so müsste man auch darauf besser eingehen. In der Fremdenrechtsnovelle würde es hier schon in Bezug auf Beantragung der Rot-Weiß-Rot-Karte zu Neuerungen kommen, in Deutschland habe man 18 Monate Aufenthaltsfrist nach Abschluss des Studiums um einen Job zu finden, wohingegen diese in Österreich bei sechs Monaten liegt. Eine weitere generelle Feststellung war, dass man nicht dem Irrtum erliegen darf, dass man das Gros der Studierenden aussuchen könne. Globalpolitische Herausforderungen (Konflikte inkl. Fluchtbewegungen wie z.B. aus Syrien) würden hier eine eigene schwer steuerbare Dynamik entwickeln. Abschließend wurde betont, dass die Aufnahme und Zulassung von Studierenden aus Entwicklungsländern für Hochschulen, Forschungslandschaft und Wirtschaft wichtige Impulse für weitere Entwicklung setzen kann. Dafür braucht es gute Strukturen und nachhaltige Perspektiven.

Veranstaltungskonzeption: Andreas Liebmann, IUFE



IUFE.AT
WIEN

"Frieden, Entwicklung und Umweltschutz
bedingen einander und sind unteilbar"

(Grundsatz 25 der "Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung", 1992)